BESCHLUSS

Antifeminismus vehement entgegentreten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

2. Bundesfrauenrat 2019
19. - 20. Oktober 2019, Erfurt

Gremium:	Bundesfrauenrat
Beschlussdatum:	19.10.2019
Tagesordnungspunkt:	Was tun gegen Antifeminismus?

Antragstext

Die sozialen Bewegungen haben die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten grundsätzlich verändert. Die Frauenbewegung machte die strukturelle Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft sichtbar und kämpfte für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung. Denn diese war und ist in der Bundesrepublik noch lange keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen feststellen, dass wir auch heute noch nicht am Ziel sind. Frauen werden noch immer schlechter bezahlt, tragen die Hauptlasten der Sorgearbeit und sind weitaus seltener in Führungspositionen von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur und Sport vertreten. Die wirkliche Gleichstellung der Geschlechter ist auch 70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes und 25 Jahre nach Inkrafttreten Zusatzes in Art. 3 Abs. 2 GG - „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ – noch nicht eingelöst.

Gleichzeitig erleben wir in den letzten Jahren eine zunehmende antifeministische Bewegung. Unter dem Vorwand einer vermeintlich “natürlichen” Ordnung und dem „gesunden Menschenverstand“ machen reaktionäre, populistische und rechte Kräfte mobil gegen Gleichstellungspolitik und versuchen offensiv die Grenzen des Sagbaren im Sinne antifeministischer, LGBTIQ-feindlicher und rassistischer Positionen zu verschieben.

Vor allem die Frauen- und Genderpolitik ist zum Feindbild rechtspopulistischer und rechtsextremer Ideologien geworden. Antifeminismus sowie traditionalistische und reaktionäre Geschlechter- und Familienbilder sind dabei wesentliche Elemente des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Innerhalb rechtspopulistischer und rechtsextremer Vorstellungen spielt die Kategorie „Geschlecht“ eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche und soziale Ordnung. Ihre Vorstellungen von Geschlecht und Familie entsprechen dabei einem klar biologistischen Verständnis einer „natürlichen“ Ordnung zwischen Mann und Frau.

Antifeminismus stellt die Errungenschaften der Emanzipation und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in Frage. Reproduktive Rechte, Gleichstellungsmaßnahmen und die Gender-Studies stehen unter einem zunehmenden Druck von Rechts. Mit großer Sorge beobachten wir, dass überall in Europa längst erreicht geglaubte Frauen- und Minderheitenrechte offensiv zur Disposition gestellt werden. Das Erstarken des Rechtspopulismus und -extremismus in Europa hat auch zum Erstarken des Antifeminismus geführt. Und auch über Europa hinaus erleben wir beispielsweise einen US-Präsidenten, der seine Geringschätzung für Frauen und marginalisierte Gruppen ganz ungeniert zur Schau trägt.

Feminismus und Migration erscheinen dabei gleichermaßen als gesellschaftliche Bedrohung und

werden als „innerer und äußere Feinde“ durch rechtspopulistische und rechtsextreme Ideologien bekämpft. Gleichzeitig erleben wir immer wieder, dass frauenpolitische Themen durch Rechtspopulisten instrumentalisiert werden. Insbesondere sexualisierte Gewalt gegen

Frauen wird immer wieder durch rechte Kräfte genutzt, um ein rassistisches Bild vermeintlich zugewanderter sexueller Gewalt zu zeichnen, vor der es „deutsche Frauen“ zu schützen gelte. Gleichermaßen werden auch andere Minderheitenrechte, wie beispielsweise die Rechte von LSBTIQ, instrumentalisiert, wenn sie als vermeintlicher Beleg der Rückständigkeit von zugewanderten Menschen genutzt werden können.

Wir stellen uns klar gegen diese Versuche der Vereinnahmung von Frauen- und Minderheitenrechten durch rassistische Argumentationsmuster. Antiemanzipatorische Politik und rassistische Ressentiments sind zwei Seiten derselben Medaille.

Für eine feministische Gesellschaft ohne Menschenfeindlichkeit

Gleichzeitig erleben wir eine große zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich gegen Hass, Hetze und die Spaltung der Gesellschaft stellt. Ob der Women’s March on Washington in den USA, die Proteste in Polen gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts oder die mutigen Aktivist*innen, die sich beispielsweise in der Türkei für die Rechte von LSBTIQ einsetzen, ihnen allen gilt unsere Solidarität. Wir kämpfen gemeinsam mit all jenen, die sich international für die Rechte von Frauen und LSBTIQ einsetzen.

Wir stehen für eine vielfältige und emanzipatorische Gesellschaft, in der die Menschen nach ihren eigene Wünschen und Vorstellungen leben können. Der Vorstellung einer natürlichen Geschlechterordnung erteilen wir genauso eine Absage wie traditionalistischen Familienbildern, die Ein-Eltern-Familien und andere Familienformen als die heterosexuelle Kernfamilie diffamieren.

Wir Grüne sind der Gegenentwurf zu allen Ewiggestrigen. Wir stehen für Vielfalt, Feminismus, Antirassismus und die offene Gesellschaft. Gerade diese Grundüberzeugungen sind es, die wir nach vorne stellen, um Antifeminismus, Nationalismus und Chauvinismus vehement entgegenzutreten.